

Bericht
des Ausschusses für Wirtschaft und Mittelstandsfragen
(15. Ausschuß)
über die von der Bundesregierung erlassene
Neunte Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1966
(Angleichungszölle — 1. Neufestsetzung)
— Drucksache V/243 —

Bericht des Abgeordneten Dr. Staratzke

Mit Schreiben vom 4. Februar 1966 hat der Herr Präsident dem Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen die obenbezeichnete Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1966 mit Frist zum 18. Mai 1966 überwiesen.

Die EWG-Kommission hat auf Antrag der Bundesregierung die Bundesrepublik ermächtigt, auf bestimmte Einfuhren von Fondantmasse, Hartkaramallen, Weichkaramallen und Dragees, Brot und Brötchen, Waffeln und Keks Angleichungszölle zum Schutz der einheimischen Erzeugung zu erheben. Die Kommission hat nunmehr auf Grund der geänderten Preisverhältnisse diese Angleichungszollsätze neu festgesetzt, die gegenüber dem Vorjahr teils höher, teils niedriger liegen. Der Bundestag hat die Maßnahme im Grundsatz gebilligt. Der Wirtschaftsausschuß empfiehlt daher, von seinem Aufhebungsrecht keinen Gebrauch zu machen.

Bonn, den 16. Februar 1966

**Der Ausschuß für Wirtschaft
und Mittelstandsfragen**

Dr. h. c. Menne (Frankfurt)
Vorsitzender

Dr. Staratzke
Berichterstatte